

Industrie unter Druck



Konjunktur. Erst die Coronapandemie, dann der Krieg in der Ukraine: Die Krisen zogen Lieferengpässe sowie enorm gestiegene Energie-, Rohstoff- und Materialpreise nach sich und belasten nach wie vor die deutsche Wirtschaft. Vor allem die Industrie leidet unter alldem, zahlreiche Branchen mussten ihre Produktion zurückfahren. Die Kostensituation schwächt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Da die aktuelle Rezession aber keine rein ökonomischen Ursachen habe, sei ihr mit den üblichen Maßnahmen der Konjunkturpolitik kaum beizukommen, sagt IW-Konjunkturforscher Michael Grömling im iwd-Interview. —> [Seiten 2-7](#)

Mercosur

Die EU sollte alles daransetzen, das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten unter Dach und Fach zu bringen – auch aus geopolitischen Gründen.

—> [Seiten 8-9](#)

Immobilien

Ohne politische Förderung dürfte der künftige Bedarf an altersgerechten Wohnungen in Deutschland bei Weitem nicht gedeckt werden können.

—> [Seiten 12-13](#)

Deutsche Industrie auf Talfahrt

Konjunktur. Die deutsche Industrie steckt in der Krise, enorm gestiegene Kosten belasten die Produktion in zahlreichen Sparten. Das schwächt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Deutschland tritt wirtschaftlich auf der Stelle. Nach vorläufigen Schätzungen des Statistischen Bundesamtes stagnierte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal 2023 und befindet sich weiterhin auf dem Niveau von Anfang 2022.

Besonders besorgniserregend: Die deutsche Industrie, lange Zeit eine der tragenden Säulen der hiesigen Wirtschaft und wesentlicher Akteur im wichtigen Exportgeschäft, steckt in der Krise. Die Produktion der verschiedenen Industriezweige ging wie schon in den ersten drei Monaten des Jahres auch im zweiten Quartal zurück. Deutlich wird die kritische Lage, wenn man das Jahr 2019 – also jenes vor der Coronakrise und dem Krieg in der Ukraine – als Vergleich heranzieht (Grafik):

Im zweiten Quartal dieses Jahres produzierten die Industrieunternehmen in Deutschland 5 Prozent weniger als im Jahresdurchschnitt 2019.

Die Produktionsrückgänge spiegeln die schwächere internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industriefirmen wider – und das in einer Zeit, in der sich die Weltwirtschaft generell in einer schwierigen Phase befindet. Geopolitische Verunsicherungen und hohe Inflationsraten bremsen rund um den Globus Investitionen und privaten Konsum. Entsprechend rückläufig ist

die Nachfrage aus dem Ausland nach deutschen Industriegütern.

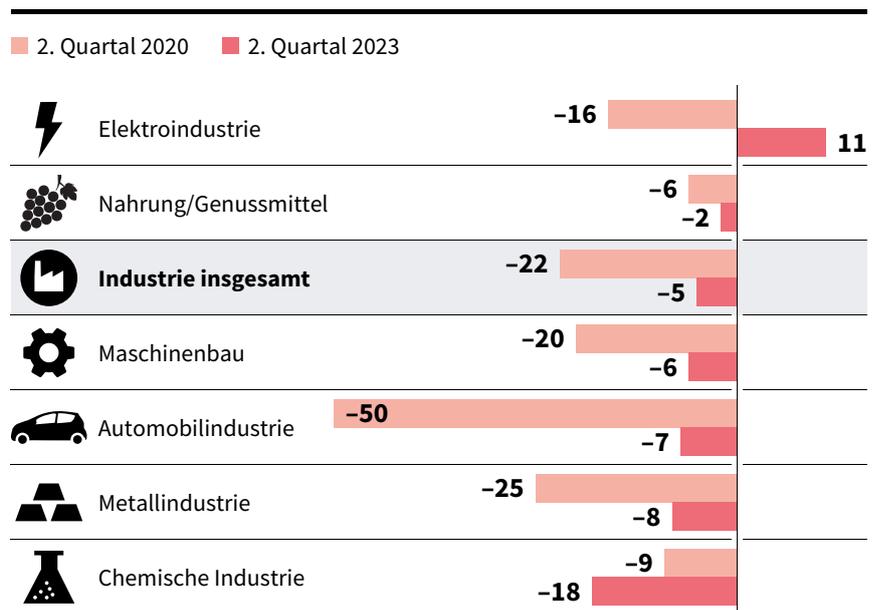
Dass die Industrieproduktion nicht noch stärker eingebrochen ist, liegt unter anderem an der Pharmaindustrie sowie der Elektroindustrie. In Letzterer übersteigt die Produktion bereits seit dem ersten Quartal 2021 wieder das Niveau von 2019 – im zweiten Quartal 2023 lag sie um fast 11 Prozent darüber. Für diese Sonderstellung gibt es zwei Gründe: Zum einen profitiert die Branche

besonders stark von der Digitalisierung, zum anderen gab und gibt es pandemiebedingt eine höhere Nachfrage nach Elektrogütern wie zum Beispiel Computer und Co.

Die Ursachen für die sonstige Industrieschwäche sind vielfältig und belasten die einzelnen Industriesparten unterschiedlich. Während der Maschinenbau und die Automobilindustrie vor allem im Jahr 2021 unter fehlenden und teuren Materialien litten und die Metallindustrie von

Große Produktionslücken in deutscher Industrie

Um so viel Prozent veränderte sich die Produktion in diesen Industriebranchen im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2019



Quellen: Deutsche Bundesbank, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

globalen Lieferengpässen beeinträchtigt war, traf die Energiekrise besonders die energieintensiven Wirtschaftsbereiche wie die chemische Industrie (siehe iwd 14/2023). Letztere hat mit einem Minus von 18 Prozent im Vergleich zu 2019 derzeit die größte Produktionslücke.

Deutschland befindet sich damit mittlerweile in einer der längsten Industrieflauten der vergangenen 70 Jahre, seit rund drei Jahren stagniert das Verarbeitende Gewerbe – und zuvor war es schon im Rückwärtsgang. Besserung ist nicht in Sicht: Die Auftragseingänge sinken und die Stimmung ist laut IW-Konjunkturumfrage schlecht. Im Juli 2023 rechneten gut vier von zehn Industrieunternehmen für das Gesamtjahr mit einer rückläufigen Produktion (siehe iwd 16/2023).

Zeigten die Firmen im Frühjahr noch zaghafte Zuversicht, ist der Pessimismus mittlerweile zurück – auch, weil die Kostenbelastung entgegen mancher Erwartung in diesem Jahr bislang kaum gesunken ist. Vor allem die seit zwei Jahren hohen Erzeugerpreise gewerblicher Produkte in Deutschland machen der Industrie zu schaffen (Grafik):

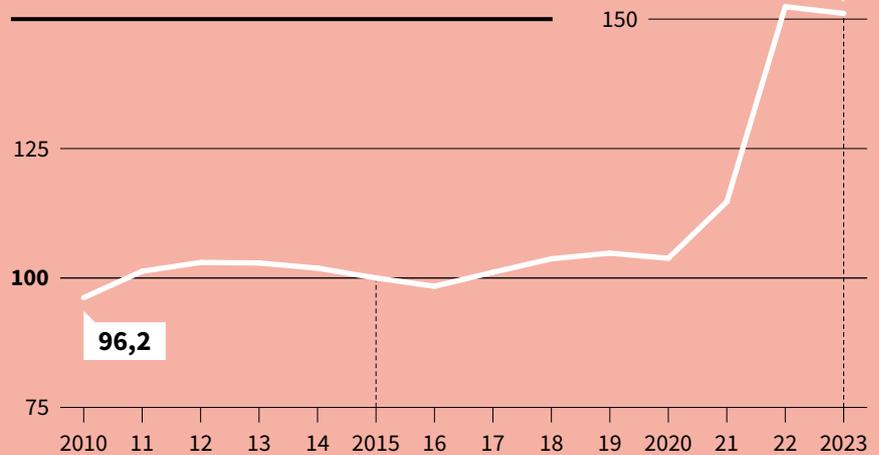
Im ersten Halbjahr 2023 lagen die Erzeugerpreise um 45 Prozent über dem Niveau des Jahres 2020.

Gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2022 gingen die Preise im ersten Halbjahr 2023 bislang um weniger als 1 Prozent zurück – bei Weitem nicht genug, gab es 2022 doch einen historischen Anstieg des Preisniveaus. Während der beiden Ölpreisschocks Mitte der 1970er und Anfang der 1980er Jahre erhöhten sich die Preise zwar ähnlich stark – allerdings über einen erheblich längeren Zeitraum.

Von allen Kosten trifft die Unternehmen der gestiegene Strompreis am heftigsten. Gut 40 Prozent der Industriefirmen geben in der aktuel-

Enormer Anstieg der Erzeugerpreise

Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte, 2015=100



Erzeugerpreis: Preis, den der Hersteller für seine Produkte verlangt

Quelle: Deutsche Bundesbank
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

len IW-Konjunkturumfrage an, dass dieser ihre Wettbewerbsfähigkeit deutlich stärker belastet als vor der Pandemie und dem Ukraine-Krieg. Für rund ein Drittel der Betriebe gilt dies gleichermaßen für die Gaspreise und die Lohnkosten. Gut jeder vierte sieht sich in seiner Wettbewerbsfähigkeit durch gestiegene Rohstoff- und Materialkosten stärker als zuvor bedroht.

Dass die hohen Energie-, Rohstoff- und Materialpreise sie langfristig belasten, glauben zwei Drittel der Unternehmen, die sich aktuell schon davon beeinträchtigt fühlen. Für einen noch größeren Teil der Befragten bleibt ein anderer Kostenfaktor ein dauerhaftes Problem:

Über 90 Prozent der Industriefirmen sehen ihre Wettbewerbsfähigkeit langfristig durch staatlich verursachte Kosten geschädigt.

Dauerhafte Sorgen bereiten den Unternehmen konkret die strengen Umweltauflagen, Arbeitsmarktregulierungen wie Auflagen zu Arbeitszeiten, die Höhe der Steuern und Abgaben sowie Bürokratiekosten. Um die ohnehin schon von den

Kostenschocks getroffenen Firmen zu entlasten, sollte der Staat deshalb bestehende Regulierungen und Abgaben kritisch hinterfragen und gegebenenfalls abschwächen.

Ein erster, wenn auch sehr kleiner Schritt in die richtige Richtung ist das Wachstumschancengesetz, das Kleinigkeiten im Steuerrecht ändert und zeitnah verabschiedet werden soll. Ausreichend ist das aber längst nicht – weitere Reformen etwa bei der Unternehmensbesteuerung und der Einkommensteuer sind dringend nötig, damit Deutschland international nicht den Anschluss verliert. Es gibt allerdings keinen Weg, solche Steuerentlastungen im Rahmen der bestehenden Schuldenbremse umzusetzen – eine wachstumspolitisch verheerende Situation. Die Regierung wäre deshalb gut beraten, sich von der restriktiven Umsetzung der Schuldenbremse zu lösen.

IW-Report 41/2023

Michael Grömling: Hartnäckige Produktionslücken der deutschen Industrie
iwkoeln.de/industrieproduktion

Interview. Große Teile der deutschen Industrie stehen angesichts gestiegener Energie- und Produktionskosten unter Druck. Das Wachstumschancengesetz sei zwar ein wichtiges Signal, reiche aber nicht aus, sagt IW-Konjunkturforscher **Michael Grömling**. Seiner Meinung nach helfen ökonomische Lösungen allein nur zum Teil, um die gegenwärtigen Herausforderungen zu meistern.



„Wir haben die Lösung unserer geoökonomischen Probleme nur zum Teil selbst in der Hand“

Das Gros der deutschen Industrieunternehmen steckt in der Krise. Wäre das bei einer vorausschauenden Unternehmenslenkung – zum Beispiel einer breiteren Lieferantendiversifizierung oder dem zügigeren Umbau zu mehr Energieeffizienz – vermeidbar gewesen?

Die deutsche Industrie leidet, wie viele andere Volkswirtschaften auch, unter multiplen Schocks. Natürlich

kann man im Nachhinein immer schlauer sein und sagen, man hätte einen Krieg oder eine Pandemie vorhersehen und einplanen können. Aber die meisten sehen dies alles als außergewöhnliche Ereignisse. Sie betreffen die Unternehmen auf viele Arten: Die Liefer- und Materialengpässe, die massiven Störungen in der globalen Logistik mit Containerschiffen, die über Monate irgendwo standen, wo sie nicht hingehörten,

die Folgen des Ukraine-Kriegs – all das sind bislang eher unvorstellbare Schocks, bei denen auch eine größere Diversifikation von Lieferketten möglicherweise wenig geholfen hätte.

Warum trifft der Anstieg der Energiepreise gerade die deutsche Wirtschaft so hart?

Weil sie energieintensiv produziert. Viele Produktionsprozesse der Industriefirmen sind erheblich

energieintensiver als jene in der Dienstleistungsökonomie. Deutschland hat traditionell einen hohen Industrieanteil, deshalb treffen uns die gestiegenen Energiepreise auch gesamtwirtschaftlich stärker als andere Länder mit weniger Industrieunternehmen.

Was passiert, wenn die Produktionskosten auch in den kommenden Jahren so hoch bleiben?

Die Frage ist, in welchem Umfang die höheren Kosten an die Kunden im In- und Ausland weitergereicht werden können. Hier wird sich im internationalen Vergleich zeigen, inwieweit Deutschland bleibende preisliche Wettbewerbsnachteile hat. Wenn der Kunde das Produkt zu einem höheren Preis trotz hoher Qualität nicht kauft, werden die hohen Produktionskosten langfristig dazu führen, dass die Unternehmen ihre Kapazitäten im Inland anpassen müssen.

Haben die ausländischen Konkurrenten nicht genau dieselben Probleme?

Zum Teil, denn die Länder haben ganz unterschiedliche Energiestrukturen und Energiekosten. Frankreich und Schweden haben hohe Anteile von Atomstrom im Energiemix, die Niederländer und Briten können einen Teil ihrer Energienachfrage aus heimischen Gasfeldern decken. All das hat Deutschland nicht oder nicht mehr. Kohle und Atomenergie sollen aus politischen Gründen nicht mehr genutzt werden. Trotz wachsender Bedeutung alternativer Energiequellen sind Deutschlands Abhängigkeiten derzeit größer und damit sind die Anpassungslasten für die heimischen Unternehmen, die viel Energie benötigen, ebenfalls größer.

Mit der Pharma- sowie der Elektroindustrie gibt es auch Branchen in Deutschland, die nicht

in der Krise stecken. Was machen diese anders?

Bei der Pharmaindustrie ist der Erfolg auch auf die Pandemie zurückzuführen. Deutsche Pharmaunternehmen haben neue Impfstoffe entwickelt und produziert – nicht nur für uns alleine, sondern zum Wohl der Weltbevölkerung.

Die Elektroindustrie hatte eine Sonderkonjunktur im Gefolge der Pandemie, weil plötzlich viele Beschäftigte im Homeoffice gearbeitet haben und neue Elektrogüter brauchten. Unternehmen müssen heute stärker in Cybersecurity und entsprechende Technologien investieren. Allgemein profitiert die Branche von der fortschreitenden Digitalisierung.

Wie kommt die Industrie aus der Krise?

Indem die externen Schocks nachlassen. Der Ukraine-Krieg ist ein politischer Schock, den wir nicht selbst in der Hand haben, sondern der politisch und diplomatisch gelöst werden muss. Das Gleiche galt für die Pandemie: Das war kein Ereignis, das allein ökonomisch lösbar war, sondern man musste auf einen Impfstoff und die Impfbereitschaft der Bevölkerung hoffen, damit Lockdowns, Betriebs- und Schulschließungen sowie Reisebeschränkungen zurückgenommen werden konnten.

Wir haben uns derzeit in ein geoökonomisches Umfeld einzufügen, das neu ist. Viele Jahrzehnte wurde die Welt offener: Grenzen fielen, der europäische Binnenmarkt wurde weiterentwickelt, große Schwellenländer wurden in die Weltwirtschaft integriert. Das alles war für unser weltoffenes Wirtschaftsmodell gut. Doch jetzt sehen wir seit geraumer Zeit eine gegenläufige Entwicklung, die nicht erst mit

dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs begonnen hat: der Brexit, die US-Wahl 2016, die politische Positionierung von großen Schwellenländern wie China. Das macht es für deutsche Industrieunternehmen, für die schon seit langer Zeit der Weltmarkt der relevante Markt ist, erheblich schwieriger, zurechtzukommen und sich neu aufzustellen. Den starrer werdenden globalen Rahmenbedingungen müssen wir uns anpassen, nur teilweise können wir sie mitgestalten.

Kann das Wachstumschancen-gesetz der deutschen Wirtschaft helfen?

Es setzt ein richtiges Signal, nämlich dass die Regierung überhaupt die wirtschaftliche Entwicklung in den Blick nimmt. Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit und Flexibilität ausreichend zu stärken, ist das zu wenig.

Rezessionen gehören zur Konjunktur genauso dazu wie Wachstumsphasen. Haben wir einfach nur verlernt, solche Perioden durchzustehen?

Die Industrie bewegt sich seit 2019 abwärts. Das ist historisch betrachtet schon eine bemerkenswert lange Zeit: Wir befinden uns in einer der längsten Industrieflauten der vergangenen 70 Jahre.

Die bereits erwähnten außergewöhnlichen Ereignisse wie die Pandemie und der Krieg in Europa gehen mit neuen Verunsicherungen, aber auch strukturellen Anpassungen einher. Das, was wir derzeit erleben, ist keine Rezession, die rein ökonomische Ursachen hat und der man sich auch konjunkturpolitisch stellen kann. Sondern es sind Ereignisse, deren Lösung wir nicht selbst in der Hand haben. Und das macht die gegenwärtige Lage zu etwas Besonderem.

Das Rohstoff-Problem

Industrie. Die deutsche Wirtschaft benötigt für klimafreundliche Technologien viele Rohstoffe aus dem Ausland. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, setzen die betroffenen Unternehmen primär auf eine verbesserte Materialeffizienz, die Diversifizierung der Lieferketten sowie langfristige Lieferverträge. Diese Maßnahmen reichen allerdings nicht aus, zudem setzt sie jeweils nur jeder zweite Betrieb um.

Es klingt paradox, ist aber so: Um die Wirtschaft klimaneutral und fit für die Zukunft zu machen, braucht es Rohstoffe. Und zwar eine ganze Menge. So geht die Internationale Energieagentur davon aus, dass der Anteil der Rohstoffnachfrage, die auf neue Energietechnologien zurückzuführen ist, in den nächsten beiden Dekaden bei Lithium auf 90 Prozent, bei Nickel und Kobalt auf 60 bis

70 Prozent sowie bei Kupfer und seltenen Erden auf 40 Prozent steigen wird.

Deutschland ist bei einem Großteil strategisch wichtiger Rohstoffe stark von Importen abhängig. Lithium und Kobalt – die Stoffe kommen in Akkus und Batterien zum Einsatz – stammen aus Ländern wie Australien, Argentinien, Chile oder der politisch instabilen Demokrati-

schen Republik Kongo, dem Hauptförderland für Kobalt. Mehr als 60 Prozent der seltenen Erden werden in China gefördert, rund 90 Prozent aller seltenen Erden werden dort weiterverarbeitet. Bei der Bergwerksförderung von Platin und Palladium besitzen Südafrika und Russland mit einem Marktanteil von rund 80 Prozent eine beherrschende Stellung. Hinzu kommt: Viele dieser Rohstoffe lassen sich kaum ersetzen.

Die Folge dieser Entwicklungen misst der Rohstoff-Risiko-Index der IW Consult, der die Versorgungslage von 45 Rohstoffen für die deutsche Industrie berechnet. Auf einer Skala von 0 (kein Risiko) bis 25 (maximales Risiko) erhöhte sich demnach der durchschnittliche Risikowert für die 45 untersuchten Rohstoffe von 2015 bis 2022 von 11,5 auf 14,7 Punkte. Vor allem das politische Risiko ist in diesem Zeitraum stark gestiegen – von 8 auf 18 Punkte –, da beispielsweise Handelsbarrieren dazu geführt haben, dass einzelne Rohstoffe knapper geworden sind. Die Preis- und Substitutionsrisiken dagegen sind gesunken: von 11 auf 7 Punkte respektive von 17 auf 14 Punkte.

Doch für welche kritischen Rohstoffe drohen der heimischen Industrie überhaupt zunehmende Engpässe (Grafik)?

Rohstoffindex: Wo das Versorgungsrisiko steigt

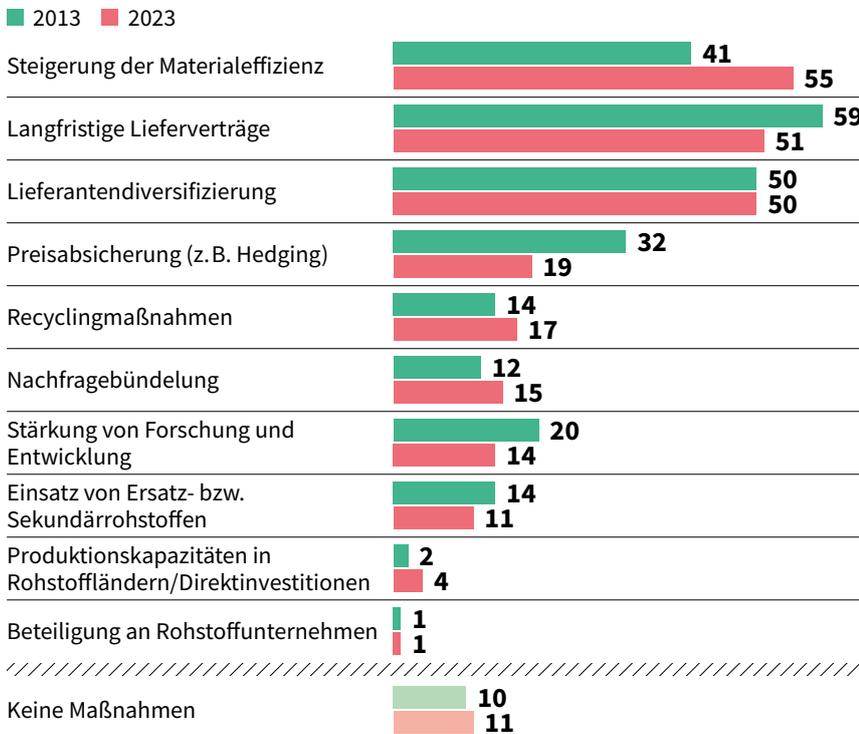
Indexwerte für die 14 kritischen Rohstoffe mit dem größten Risikozuwachs zwischen 2015 und 2022 auf einer Skala von 0 (kein Risiko) bis 25 (maximales Risiko)

Der Rohstoff-Risiko-Index der IW Consult misst die Risiken der Rohstoffversorgung für die deutsche Wirtschaft anhand von acht Indikatoren. Diese erfassen für jeden der 45 untersuchten Rohstoffe unter anderem die aktuelle Reichweite der Vorkommen, die politischen und ökonomischen Risiken in den Förderländern, Preisentwicklungen und -schwankungen, die Substituierbarkeit sowie die Bedeutung des Rohstoffs für Zukunftstechnologien.



Rohstoffe: So reduzieren Unternehmen das Versorgungsrisiko

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland, die Rohstoffe beziehen, haben diese Maßnahmen gegen Rohstoffrisiken ergriffen



Befragung von rund 600 Unternehmen im Jahr 2013 und 157 Unternehmen im Frühjahr 2023 im Rahmen des IW-Zukunftspanels
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2023 IW Medien / iwd



Am stärksten verschlechtert hat sich die Lage laut Rohstoff-Risiko-Index zwischen 2015 und 2022 mit 6 Punkten bei Tantal, das vor allem in der Medizintechnik und in elektronischen Bauteilen zum Einsatz kommt.

Auch bei vielen Rohstoffen, die für den Ausbau der Elektromobilität wichtig sind, ist das Versorgungsrisiko heute höher als 2015: Lithium, Mangan, Aluminium und Kobalt sind unter anderem wesentliche Bestandteile von Traktionsbatterien.

Neben politischen Plänen für eine autonomere Rohstoffversorgung – da wären neben der Rohstoffstrategie Deutschlands der Critical Raw Materials Act der EU zu nennen – sind auch die Unternehmen selbst

gefragt, für sicheren Rohstoffnachschub zu sorgen. Ob und welche Absicherungsinstrumente sie für ihren Bedarf an Erzen, Metallen und Legierungen nutzen, haben knapp 160 rohstoffbeziehende Unternehmen im Rahmen des IW-Zukunftspanels im Frühjahr 2023 erläutert.

Rund 90 Prozent der Industrieunternehmen in Deutschland ergreifen Maßnahmen zur Risikobegrenzung.

Dies sind die wichtigsten Instrumente der Firmen gegen Rohstoffrisiken (Grafik):

Rund die Hälfte der Unternehmen, die Rohstoffe beziehen, versucht, ihr Material effizienter einzusetzen, um sich gegen Rohstoffrisiken zu wappnen. Auch

langfristige Lieferverträge sowie die Diversifizierung von Lieferanten werden von jedem zweiten Betrieb genutzt.

Zusätzliche Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten sowie der Einsatz von Ersatzprodukten spielen jeweils nur eine untergeordnete Rolle.

Große Unternehmen betreiben systematisch stärkere Rohstoffsicherung als kleine Betriebe: Von den Firmen, die weniger als 1 Million Euro Umsatz im Jahr erzielen, ergreifen 22 Prozent keine Maßnahmen gegen Rohstoffrisiken. Von den Betrieben mit mehr als 50 Millionen Euro Jahresumsatz verzichten nur 7 Prozent darauf.

Für kleine Unternehmen kommen im Kern nur eine höhere Materialeffizienz und die Lieferantendiversifizierung infrage, um die Rohstoffversorgung zu sichern, während Großunternehmen auch Preisabsicherungsgeschäfte tätigen (41 Prozent), Recyclingmaßnahmen durchführen (35 Prozent) und in Produktionskapazitäten in Rohstoffländern investieren (10 Prozent).

Vergleicht man die aktuellen Anstrengungen der deutschen Industrie mit jenen aus dem Jahr 2013, zeigt sich, dass die Branche weiterhin kein umfassendes Maßnahmenbündel zur Risikoreduktion der Rohstoffversorgung umsetzt. Zudem sind die vorrangig genutzten Maßnahmen wenig innovativ. Um eine umfassendere Vorsorge zu gewährleisten, sollte die Politik den heimischen Bergbau stärken, den Aufbau der Raffinerie- und Weiterverarbeitungskapazitäten innerhalb der EU vorantreiben sowie das Recycling forcieren.

Aus IW-Trends 3/2023

Cornelius Bähr, Hubertus Bardt, Adriana Neligan: Optionen der deutschen Wirtschaft für eine sichere Rohstoffversorgung
iwkoein.de/rohstoffversorgung

Zögern verboten

Mercosur. Die Europäische Union und die Mercosur-Staaten verhandeln seit Langem über ein Freihandelsabkommen. Statt ihre Maximalforderungen durchsetzen zu wollen, sollte die EU auch aus geopolitischen Gründen alles daransetzen, das Abkommen bald unter Dach und Fach zu bringen. Denn ein anderer großer Akteur macht den Europäern in Südamerika heftig Konkurrenz.

Mehr als 20 Jahre: So lange schon streben die EU und die Mercosur-Staaten – also Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay – ein Freihandelsabkommen an. Zwar konnten sich beide Seiten im Jahr 2019 auf einen Vertragstext einigen, dennoch ist das Abkommen bis heute nicht ratifiziert.

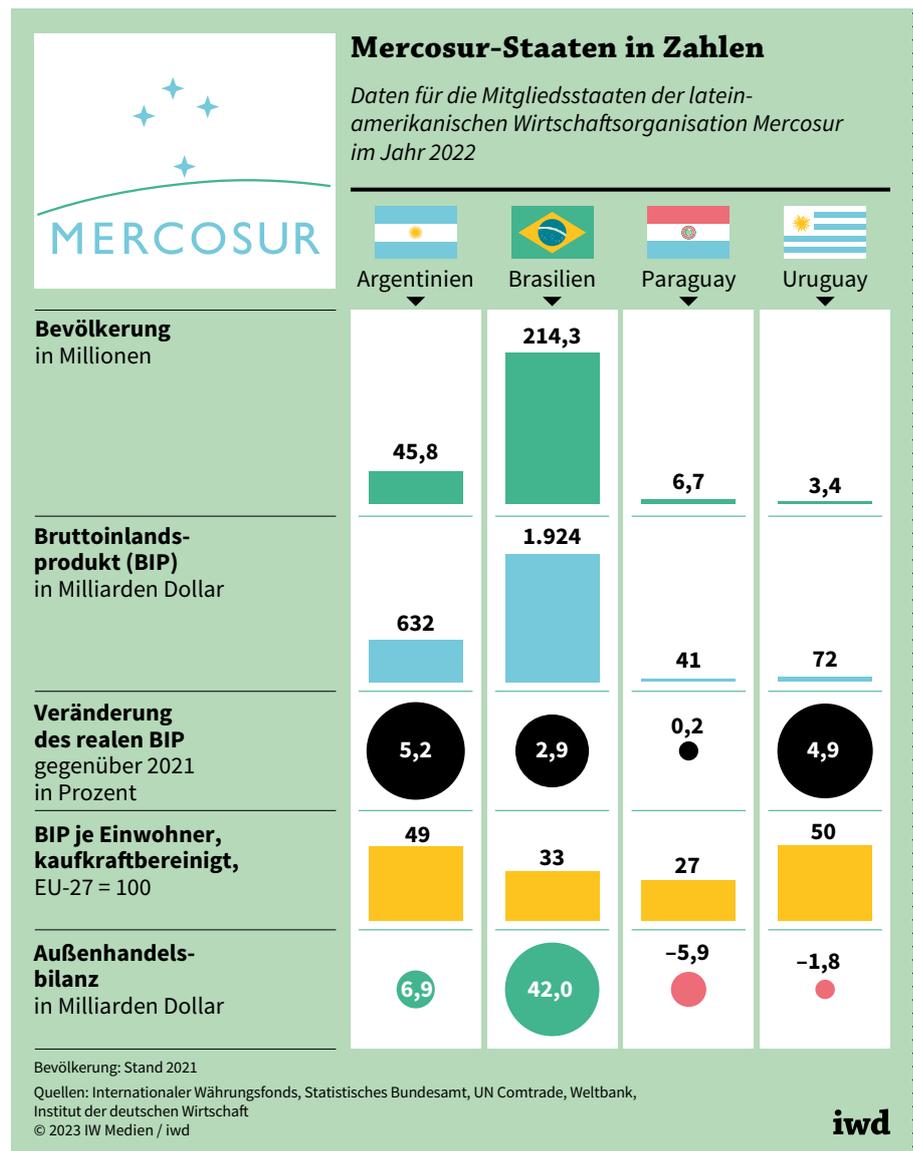
Das liegt nicht zuletzt daran, dass die EU trotz der bereits enthaltenen Vorgaben zur Nachhaltigkeit auf einer Zusatzklärung besteht. Diese soll noch verbindlichere Nachhaltigkeitsziele enthalten – vor allem zum Schutz des Regenwalds im Amazonasgebiet. Dagegen sträuben sich allerdings die Mercosur-Staaten. Immerhin sind beide Seiten offenbar gewillt, das Abkommen bis Ende dieses Jahres zu beschließen – der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva hat angekündigt, in den kommenden Wochen einen Kompromissvorschlag vorzulegen.

Der Vertragstext sieht den Abbau von Zöllen in für die EU wichtigen Exportsektoren vor. So sollen Zölle auf Autos aus der EU – diese Abgaben betragen derzeit 35 Prozent des Warenwerts – ebenso entfallen wie Zölle auf von der EU exportierte pharmazeutische Produkte in Höhe von 14 Prozent. Zudem wollen die Vertragspartner Produktstandards vereinheitlichen und Zollverfahren vereinfachen.

Das Freihandelsabkommen würde die mit mehr als 770 Millionen

Einwohnern größte Freihandelszone der Welt entstehen lassen. In wirtschaftlicher Hinsicht allerdings sind die Mercosur-Staaten für die EU auf den ersten Blick ein schwacher Partner (Grafik):

Das kaufkraftbereinigte Bruttoinlandsprodukt je Einwohner war im vergangenen Jahr selbst im wohlhabendsten der Mercosur-Staaten, Uruguay, nur halb so hoch wie im EU-Durchschnitt.



Zudem ist der Mercosur lediglich der elftwichtigste Handelspartner für die EU.

Doch geopolitisch ist das angestrebte Abkommen für die EU ausgesprochen wichtig, schon deshalb, weil die Mercosur-Staaten Demokratien und damit wichtige Wertepartner für Europa sind. Zudem möchte die EU ihre wirtschaftlichen Beziehungen stärker diversifizieren und damit weniger abhängig von China werden. Der Mercosur, der bislang noch kein größeres Handelsabkommen mit anderen Staaten geschlossen hat und als relativ abgeschotteter Markt gilt, bietet für die EU daher gute Chancen.

Allerdings sollte die EU nicht noch länger zögern, von ihren Maximalforderungen abzurücken und dem Freihandelsabkommen zuzustimmen. Andernfalls dürfte Europa gegenüber der Konkurrenz aus Fernost endgültig ins Hintertreffen geraten. Schließlich hat China seine Verbindungen zu den Mercosur-Staaten zuletzt kontinuierlich ausgebaut, wie die Handelsströme zeigen (Grafik):

Das gesamte Handelsvolumen zwischen China und den Mercosur-Staaten ist zwischen 2012 und 2022 um fast 95 Prozent auf gut 192 Milliarden Dollar gewachsen.

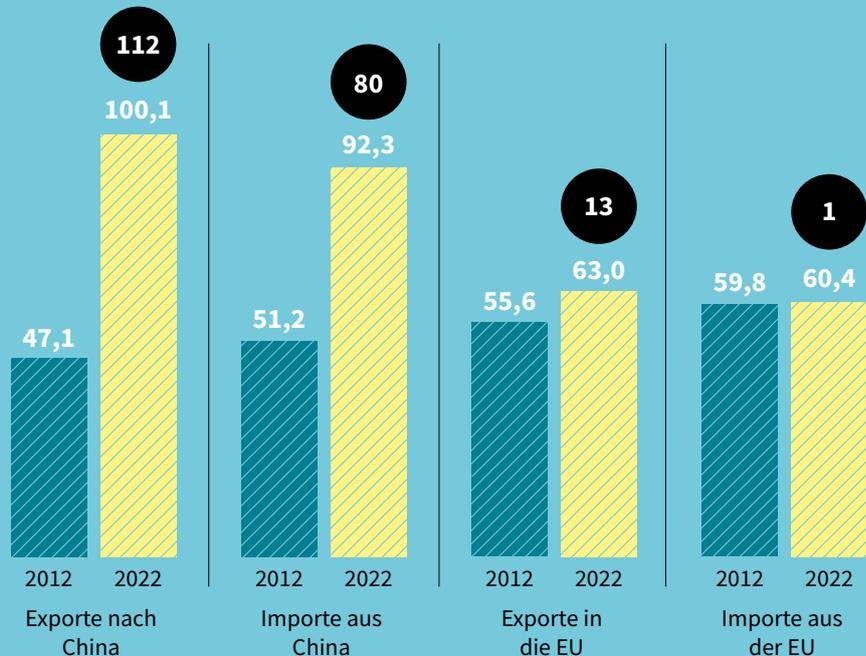
Damit übertrifft der Handel jenen zwischen den Mercosur-Ländern und der EU mittlerweile um nahezu 70 Milliarden Dollar. Denn Letzterer entwickelte sich in den vergangenen zehn Jahren wenig dynamisch. So stiegen die Exporte aus dem Mercosur in die EU in diesem Zeitraum nur um 13 Prozent, die Importe stagnierten sogar nahezu.

Einiges deutet darauf hin, dass Chinas Rolle in den Mercosur-Staaten weiter wachsen wird. So plant Uruguay ein bilaterales Handelsabkommen mit Peking. Und der brasilianische Präsident hat ein

Mercosur: Handel mit China stark gewachsen

Außenhandel der Mercosur-Staaten in Milliarden Dollar

■ Veränderung in Prozent



Mercosur-Staaten: Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay
 Quellen: UN Comtrade, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2023 IW Medien / iwd

iwd

umfassendes Freihandelsabkommen zwischen dem Mercosur und China ins Gespräch gebracht.

Sollte die chinesische Führung hier schneller zum Zuge kommen als die EU, wäre das auch deshalb problematisch, weil die EU sowohl bei den in die Mercosur-Staaten exportierten Gütern als auch bei den von dort importierten Waren stark mit China konkurriert:

Die Mercosur-Länder liefern an beide Handelspartner vornehmlich Rohstoffe wie Mineralöl und Agrarprodukte wie Ölsamen. Zugleich gehören Maschinen, Apparate und ähnliche Produkte zu den wichtigsten Importgütern aus der EU wie auch aus China.

Die Mercosur-Staaten sind inzwischen viel weniger auf die EU angewiesen als früher, da sich China als alternativer Handelspartner

etabliert hat. Umgekehrt kann es sich die EU aber nicht leisten, auf den Zugang zu den Rohstoffen und Agrarerzeugnissen aus Südamerika zu verzichten. Und auch die Möglichkeit, mehr hochtechnologische Produkte an die Mercosur-Staaten zu verkaufen, darf Brüssel nicht den chinesischen Wettbewerbern überlassen.

Die EU muss beim Freihandelsabkommen mit dem Mercosur also Kompromissbereitschaft zeigen. Ein zügiger Vertragsabschluss wäre zudem ein Beleg dafür, dass es die EU-Staaten mit ihrer Strategie des „De-Risking“ gegenüber China ernst meinen.

IW-Kurzbericht 49/2023

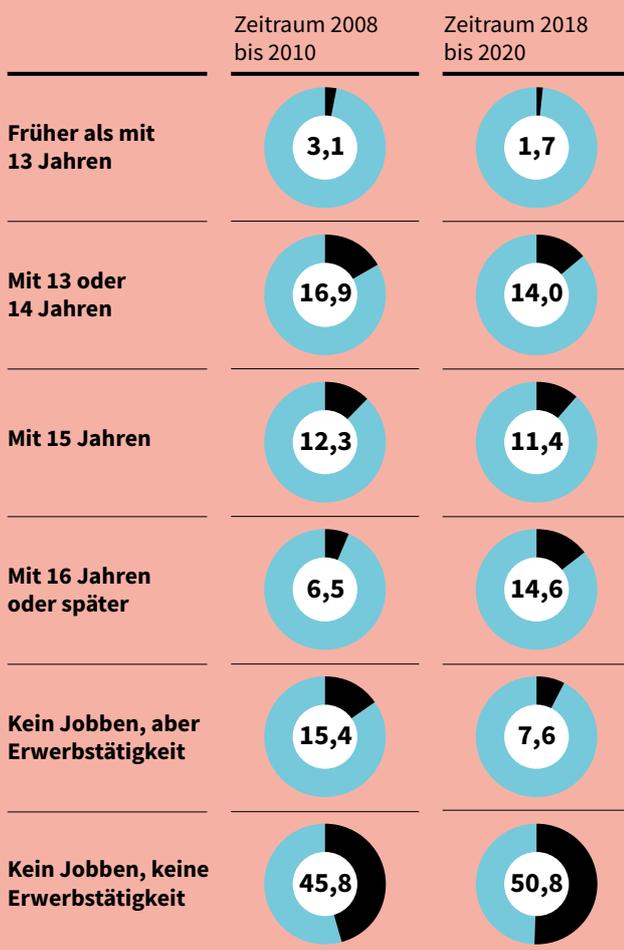
Samina Sultan: Mercosur-Handel –
 Lläuft uns China den Rang ab?
iwkoeln.de/mercursosur

Das Taschengeld aufbessern

Nebenjobs. Viele Jugendliche in Deutschland verdienen sich nebenher etwas dazu. Heranwachsende aus höheren sozialen Schichten haben allerdings deutlich häufiger einen Nebenjob als ihre Altersgenossen aus einkommensschwachen Familien. Warum das so ist, untersucht eine neue IW-Studie.

Arbeitserfahrung: Weniger Jugendliche jobben

So viel Prozent der 17-Jährigen in Deutschland haben in diesem Alter erstmals gejobbt



Jobben: nebenberufliche Tätigkeit
Erwerbstätigkeit: inklusive betrieblicher Ausbildungen und bezahlter Praktika
Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Zeitungen austragen, kellnern, babysitten – für Jugendliche gibt es viele Möglichkeiten, das Taschengeld aufzubessern. Aber nicht nur der Geldbeutel profitiert. Die jungen Menschen sammeln durch Nebenjobs die ersten Erfahrungen im Arbeitsleben und eignen sich im besten Fall Fähigkeiten wie Zuverlässigkeit und Selbstständigkeit an, mit denen sie später im beruflichen Alltag punkten können. Eine geringere finanzielle Abhängigkeit von den Eltern kann ein weiterer positiver Effekt eines Nebenjobs sein.

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat nun anhand von Daten des Sozio-oekonomischen Panels untersucht, ob und wie Jugendliche im Alter von 17 Jahren in Deutschland nebenbei arbeiten (Grafik):

Im Zeitraum von 2018 bis 2020 gaben fast 42 Prozent der 17-Jährigen an, aktuell zu jobben oder es in der Vergangenheit getan zu haben.

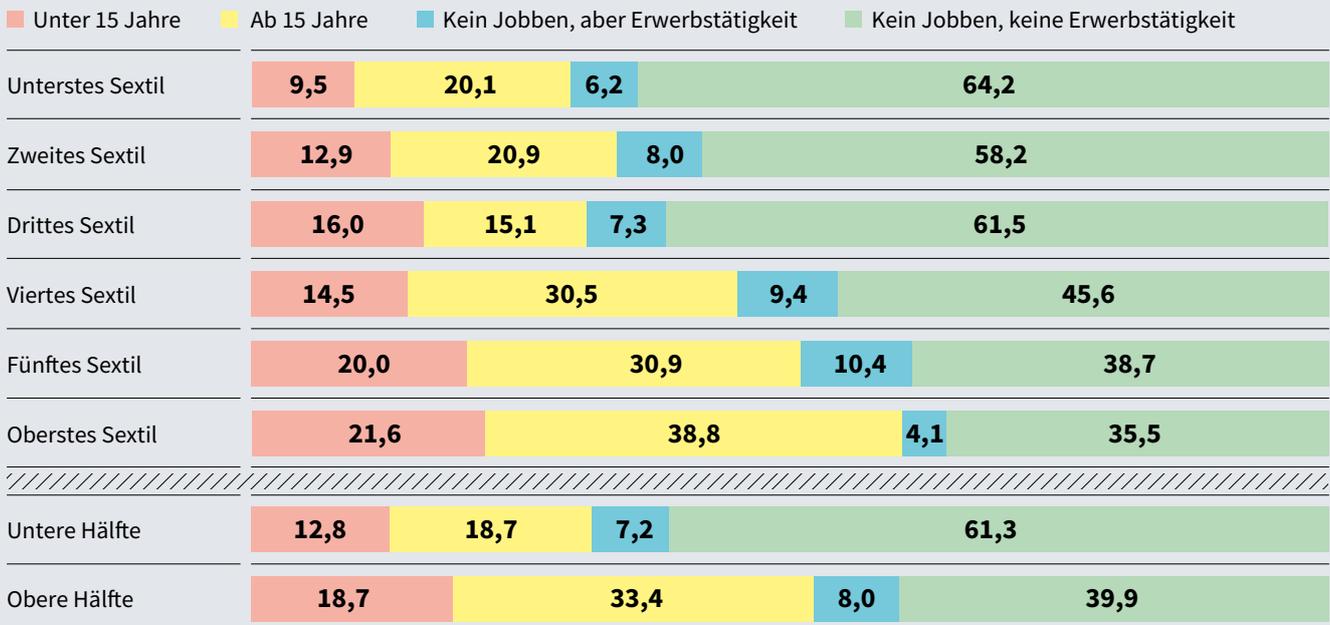
Hinzu kommen knapp 8 Prozent, die zwar keine Erfahrung mit Jobben haben, sich aber bereits in einer beruflichen Ausbildung befinden. Damit hat die Hälfte der Befragten vor der Volljährigkeit schon einmal gearbeitet. Allerdings sind das 5 Prozentpunkte weniger als noch im Zeitraum von 2008 bis 2010. Der Hauptgrund dafür ist, dass sich der Anteil der Jugendlichen in einer vergüteten Ausbildung im aktuellen Betrachtungszeitraum im Vergleich zur früheren Befragung halbiert hat.

Monatlich verdient knapp ein Viertel der jugendlichen Nebenher-Jobber aktuell zwischen 50 und 100 Euro, die Hälfte kommt auf bis zu 150 Euro. Vergleichsweise hohe Einkommen sind eher selten, nur 14 Prozent der 17-Jährigen erhalten mehr als 300 Euro im Monat für ihre Tätigkeit.

Der Verdienst ist für gut zwei Drittel der jungen Leute das einzige Motiv fürs Jobben. Immerhin knapp 28 Prozent sagen, sie hätte auch das Interesse an der Tätigkeit

Jugendliche Nebenjobber: Öfter aus gut verdienenden Haushalten

So viel Prozent der 17-Jährigen in Deutschland aus Haushalten mit diesem Nettoeinkommen haben in diesem Alter erstmals gejobbt



Sextil: Einteilung der nach ihrem Nettoeinkommen gereihten Haushalte in sechs gleich große Gruppen
 Jobben: nebenberufliche Tätigkeit
 Erwerbstätigkeit: inklusive betrieblicher Ausbildungen und bezahlter Praktika
 Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2023 IW Medien / iwd



zu ihrem Nebenjob gebracht. Seit dem Zeitraum 2008 bis 2010 hat sich bezüglich der Motivation einiges verändert: Damals jobbten noch 78 Prozent ausschließlich wegen des Geldes und nur 15 Prozent aus Interesse.

Auch die soziale Schicht spielt eine Rolle, wie die Analyse des IW zeigt (Grafik):

Von den Jugendlichen aus Haushalten, die zum untersten Einkommenssechstel gehören, haben nur knapp 30 Prozent im Alter von 17 Jahren bereits gejobbt.

Ist kein Elternteil erwerbstätig, sinkt der Wert der jobbenden Jugendlichen weiter auf 19 Prozent. Wenn beide Elternteile keinen beruflichen Abschluss haben, beträgt der Anteil der 17-Jährigen, die schon mal etwas dazuverdient haben, sogar nur 18 Prozent.

Ganz anders sieht es aus, wenn die Eltern ein hohes Einkommen erzielen. Sechs von zehn Jugendlichen, die aus Haushalten stammen, die zum oberen Einkommenssechstel zählen, haben bereits eigenes Geld nebenher verdient oder tun dies noch. Gleichermäßen verbreitet sind die Arbeitserfahrungen in Haushalten mit selbst-

ständigen Eltern – hier haben schon 61 Prozent der 17-Jährigen nebenher gejobbt oder tun dies noch.

Auf den ersten Blick mag dieser Befund überraschen, denn Jugendliche aus Familien mit geringen finanziellen Möglichkeiten müssten theoretisch ein größeres Interesse daran haben, Geld zu verdienen. Eine mögliche Erklärung: Wohlhabendere Mütter und Väter haben eher Kontakte zu Personen, die ihren Kindern einen Job geben können. Für Selbstständige ist der Weg über den eigenen Betrieb sogar noch kürzer. Jugendliche aus einkommensärmeren Haushalten müssen sich also stärker selbst um einen Job bemühen. Daher sollte die Politik überlegen, wie sie Jugendliche aus niedrigeren sozialen Schichten gezielt bei der Suche nach einem für sie geeigneten Job unterstützen kann.

Aus IW-Trends 3/2023

Wido Geis-Thöne: Jobben in der Jugend – Eine Frage des Elternhauses

iwkoeln.de/jugendarbeit

Plötzlich unbewohnbar

Immobilien. In Deutschland fehlen aktuell rund zwei Millionen barriere-reduzierte Immobilien. Der Bedarf an altersgerechtem Wohnraum wird künftig weiter steigen, doch ohne politische Unterstützung dürfte es zu keinem nennenswerten Neubau von barrierefreien Wohnungen oder entsprechenden Umbauten kommen.

Was tun, wenn ein älterer Angehöriger stürzt und sich danach in der eigenen Wohnung nur mithilfe eines Rollators fortbewegen kann? Klar, man besorgt eine solche Gehhilfe. Dumm nur, dass viele gängige Rollatoren zu breit sind für schmale Türdurchgänge. Manchmal hilft Pffiffigkeit: Mit einem zierlicheren Rollatormodell aus Italien ist der Durchgang zu allen Räumen problemlos möglich. Für diejenigen, die so etwas nicht haben und für die deshalb der Zugang zum Bad oder zur Toilette versperrt ist, bleibt oft nur der Umzug ins Pflegeheim.

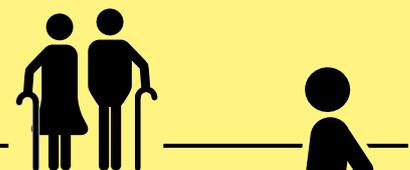
Viele Menschen in Deutschland leben in Häusern oder Wohnungen, die nicht barrierefrei oder wenigstens barriere-reduziert sind. Das ist grundsätzlich kein Problem, solange die Bewohner körperlich fit sind. Doch sobald die Mobilität eingeschränkt ist, gilt es zu handeln – dann allerdings ist es für aufwendige Sanierungsmaßnahmen meist zu spät.

Dabei ist es politisch gewollt, dass Pflegebedürftige so lange wie möglich selbstständig und selbstbestimmt im vertrauten und angestammten Wohnumfeld bleiben. Das

Sozialgesetzbuch sieht bei Pflegebedürftigkeit ausdrücklich „ambulant vor stationär“ vor – was insofern nicht überrascht, als das Wohnen und die Versorgung in der eigenen Wohnung wesentlich günstiger sind als ein Platz in einer stationären Pflegeeinrichtung. Im Schnitt lassen sich etwa 24.000 Euro pro Jahr einsparen, wenn Pflegebedürftige zu Hause wohnen bleiben und nicht in ein Pflegeheim umziehen. Diese zusätzlichen Wohn- und Versorgungskosten in stationären Einrichtungen werden zwar zu 60 Prozent vom Staat getragen. Die übrigen

Mobilitätsbeschränkte Haushalte: Deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern

In so viel Prozent der Haushalte lebten im Jahr 2022 mobilitätseingeschränkte Personen

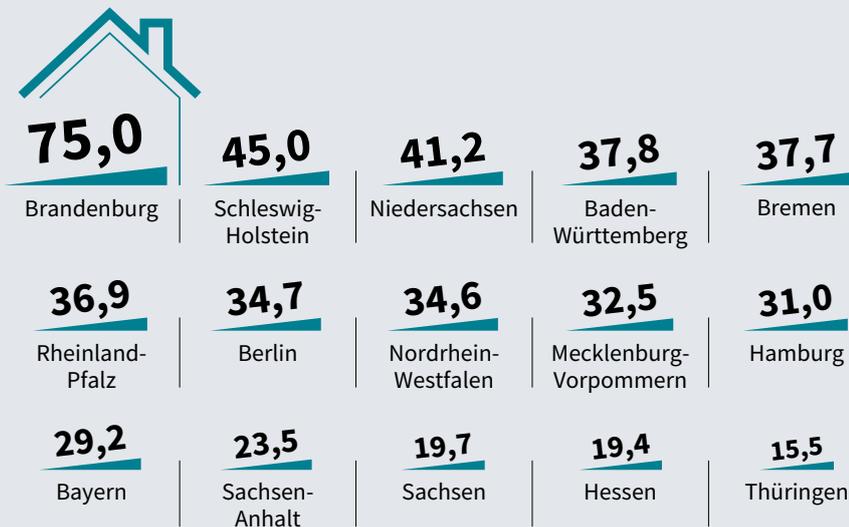


Mobilitätseingeschränkt: Personen, die aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen oder Behinderungen ein höheres Unfall- oder Sturzrisiko haben oder pflegebedürftig sind

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

Altersgerechte Wohnungen: Große Versorgungslücken

So viele barrieregeduzierte Wohnungen gab es im Jahr 2022 je 100 Haushalte mit mobilitätseingeschränkten Personen



Barrieregeduzierte Wohnung: Wohnung oder Haus mit schwellenlosem Zugang zur Wohnung, keine Schwellen und Bodenunebenheiten in der Wohnung, alle Räume stufenlos erreichbar, Einstieg zur Dusche ebenerdig
 Mobilitätseingeschränkt: Personen, die aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen oder Behinderungen ein höheres Unfall- oder Sturzrisiko haben oder pflegebedürftig sind
 Saarland: keine Angabe

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2023 IW Medien / iwd

iwd

40 Prozent müssen die betroffenen Haushalte aber selbst schultern.

Doch wie viele Menschen in Deutschland brauchen überhaupt eine barrieregeduzierte Wohnung? Dieser Frage ist das IW nachgegangen und hat dafür untersucht, wie viele Haushalte hierzulande mobilitätseingeschränkte Mitglieder haben. Das Ergebnis:

Im Jahr 2022 gab es in Deutschland rund drei Millionen Haushalte, in denen mindestens ein Mensch mit Mobilitätseinschränkungen lebte.

Davon entfielen knapp 2,8 Millionen auf Seniorenhaushalte mit mobilitätseingeschränkten Personen und 256.000 auf jüngere Haushalte mit mobilitätseingeschränkten Mitgliedern.

Je nach Bundesland ist der Anteil dieser Haushalte an allen Haushalten unterschiedlich hoch (Grafik Seite 12):

Im Saarland sowie in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen finden sich mit jeweils rund 8 Prozent die meisten Haushalte mit mobilitätseingeschränkten Mitgliedern.

Da in den Großstädten überproportional viele junge Leute wohnen, ist der Anteil der Haushalte, in denen Pflegebedürftige oder mobil eingeschränkte Personen leben, in den Stadtstaaten mit 6 bis 7 Prozent deutlich geringer.

Der Bestand an barrierefreien und barrieregeduzierten Immobilien lässt sich mithilfe des Mikrozensus schätzen, der seit 2018 auch nach dem Zugang zur Wohnung sowie nach Barrierefreiheitsmerkmalen fragt.

In Deutschland gibt es etwa 1,2 Millionen Wohnungen mit mittleren Barrierefreiheiten – also mit einem schwellenlosen Zugang,

einer ebenerdigen Dusche sowie stufenlos erreichbaren Räumen ohne Bodenunebenheiten.

Diese altersgerechten Wohnungen sind allerdings nicht gleichmäßig über Deutschland verteilt. Die Versorgungsquote ist in allen Bundesländern ungenügend, in einigen jedoch miserabel (Grafik):

Am schlechtesten schneiden Thüringen, Hessen und Sachsen mit einem Angebot an barrieregeduzierten Wohnungen ab, das nicht einmal 20 Prozent des jeweiligen Bedarfs deckt.

Die mit Abstand beste Quote hat Brandenburg mit 75 altersgerechten Wohnungen je 100 Haushalte, die einen entsprechenden Bedarf haben.

Dass sich in naher Zukunft das Angebot von barrierefreien oder -geduzierten Wohnungen vergrößert, ist unwahrscheinlich. Denn das gestiegene Zinsniveau, der Einbruch der Baugenehmigungen sowie die erschwerte Handwerkersuche verhindern eine substanzielle Ausweitung. Zudem haben Vermieter aufgrund der hohen Nachfrage nach Wohnraum wenig Anreize, Investitionen in altersgerechte Bestände zu tätigen – schließlich können sie ihre Wohnungen und Häuser in der Regel auch ohne solche Sanierungsmaßnahmen problemlos vermieten.

Sinnvoll wäre es deshalb, das KfW-Förderprogramm „Altersgerecht Umbauen“, das unabhängig von der Bedarfssituation der Fördermittelempfänger ist und auch institutionellen Vermietern offensteht, zu verstetigen und die Fördermittel aufzustocken. Daneben wäre eine vergleichbare Förderung im Neubau wünschenswert.

Aus IW-Trends 2/2023

Philipp Deschermeier: Altersgerechter Wohnraum – Unterschätzte Herausforderung für Politik und Gesellschaft
iwkoeln.de/altersgerechter_wohnraum

Reform birgt Risiken

EU-Fiskalpolitik. Die Europäische Union will die Finanzen ihrer Mitgliedsstaaten auf eine zukunftsfähige Basis stellen. Der vorliegende Vorschlag zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts könnte allerdings dazu führen, dass sich die Schuldenlage in einigen Mitgliedsstaaten verschlechtert statt verbessert.

Die Quadratur des Kreises – kaum weniger hat sich die Europäische Union für die kommenden Jahre vorgenommen. Sie will enorme Investitionen mobilisieren, um die grüne und digitale Transformation der Wirtschaft voranzutreiben, die Verteidigungsfähigkeit zu stärken sowie die Abhängigkeit von Ländern wie China bei Rohstoffen und anderen Gütern zu reduzieren.

Gleichzeitig begrenzt das hohe Schuldenniveau und der jüngste allgemeine Zinsanstieg den Handlungsspielraum vieler EU-Staaten.

Um eine erneute Staatsschuldenkrise zu vermeiden, wie sie einige EU-Länder ab 2010 durchstehen mussten, und zu gewährleisten, dass die Mitgliedsstaaten die oben genannten Ziele finanziell stemmen können, hat die EU-Kommission im

April 2023 eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts vorgeschlagen (Kasten).

Auf dem Papier hat der Vorschlag einige Vorzüge – etwa die mittelfristige Ausrichtung der nationalen Ausgabenpläne.

In der Praxis dürfte die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts allerdings zu Problemen führen – vor allem, weil sich die EU-Kommission in ihrem Vorschlag bei der Bewertung der Länderpläne viel Ermessensspielraum gewährt.

Damit besteht die Gefahr, dass in politischen Verhandlungen kurzfristige Ausgabenwünsche der Mitgliedsstaaten wieder Vorrang vor einem finanzpolitisch nachhaltigen Kurs bekommen. Eine solche Politik könnte die Schuldenlage in der EU erneut so verschärfen, dass die bevorstehenden Transformationsaufgaben nicht mehr finanzierbar wären.

Das IW hat vor diesem Hintergrund eine Schuldentragfähigkeitsanalyse für einzelne EU-Länder erstellt. Das Ergebnis: In einigen Mitgliedsstaaten ist ein deutlicher Anstieg der Schuldenquote zu befürchten, wenn die Finanzpolitik den Haushaltssaldo verschlechtert und die Zinsen auf Staatsanleihen in die Höhe treibt. Vor allem für zwei der untersuchten Länder sind die Szenarien düster (Grafik):

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt

Was bisher geschah: Der Pakt wurde 1997 im Vertrag von Amsterdam festgeschrieben und soll vor allem die Budgetdisziplin der EU-Länder wahren. Im Kern geht es darum, dass die Staaten die Konvergenzkriterien für die Wirtschafts- und Währungsunion einhalten, wonach das Haushaltsdefizit die Grenze von 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht übersteigen und die Staatsverschuldung nicht höher als 60 Prozent des BIP sein soll. Die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts wurden im Laufe der Jahre immer wieder angepasst, vor allem im Zusammenhang mit der Schuldenkrise ab 2010.

Was kommen soll: Der aktuelle Reformvorschlag der EU-Kommission sieht im Wesentlichen vor, den Pakt zu flexibilisieren und den EU-Staaten mehr Eigenverantwortung zu gewähren. Die Länder sollen finanzpolitische Pläne vorlegen, die einen Zeitraum von vier bis sieben Jahren umfassen. Vorgesehen ist, dass die EU-Kommission die Pläne bewertet und die Tragfähigkeit der Verschuldung in den einzelnen Staaten prüft. Dabei fordert die Kommission zwei Leitplanken für die Pläne: So müssen zum einen in deren Zeitrahmen die Staatsschulden sinken. Zum anderen müssen übermäßige Haushaltsdefizite jährlich um 0,5 Prozent des BIP abgebaut werden, solange das Defizit über der Schwelle von 3 Prozent der Wirtschaftsleistung liegt.

In Frankreich könnte die Staatsverschuldung bis 2030 um 35 Prozentpunkte auf mehr als 147 Prozent des BIP steigen, falls die Politik viel stärker vom Stabilitätskurs abweicht als bislang erwartet. In Italien droht ein Anstieg auf bis zu 168 Prozent des BIP.

In Deutschland und Spanien ist zumindest im Basisszenario, das auf Prognosen des Internationalen Währungsfonds und der EU-Kommission beruht, ein leichter Rückgang der Schuldenquote drin. Im pessimistischen Szenario würde sich der Schuldenstand aber auch in diesen beiden Staaten erhöhen.

Portugal und Griechenland haben dagegen nicht zuletzt aufgrund ihrer wirtschaftspolitischen Reformen der vergangenen Jahre gute Chancen, die Schuldenlast bis 2030 weiter zu verringern.

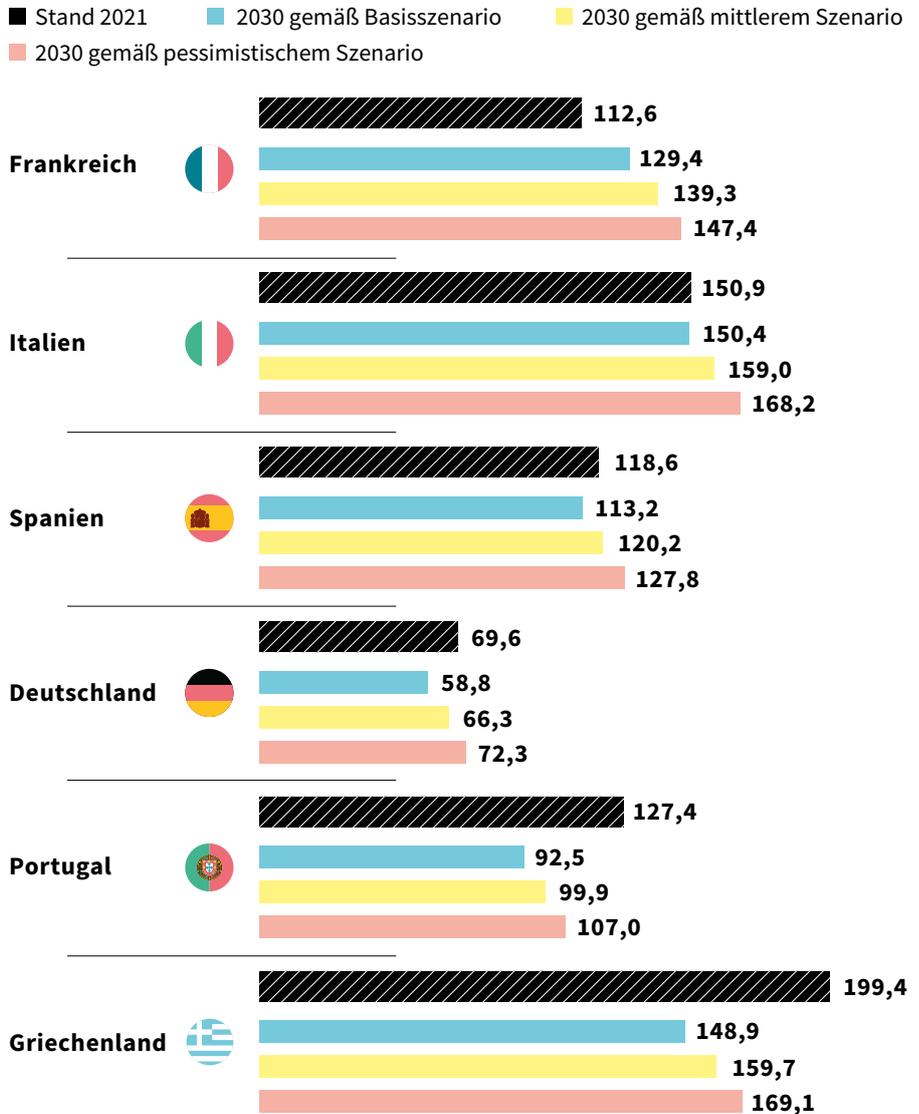
Von der für die Euroländer vorgesehenen maximalen Schuldenquote in Höhe von 60 Prozent der Wirtschaftsleistung wären im pessimistischen Szenario allerdings alle der hier analysierten Staaten 2030 mehr oder weniger weit entfernt.

Damit wird klar, dass es für die Zukunft einen Stabilitäts- und Wachstumspakt mit klaren quantitativen Leitplanken braucht. Der vorliegende Vorschlag der EU-Kommission sollte deshalb noch nicht das letzte Wort in der Reformdebatte sein.

Staatsschulden: In einigen EU-Ländern droht weiterer Anstieg

Das IW hat für einige Mitgliedsstaaten der Europäischen Union eine Schuldentragfähigkeitsanalyse erstellt. Drei Szenarien zeigen auf, wie sich die Staatsverschuldung je nach Ausrichtung der Finanzpolitik bis 2030 entwickeln könnte.

Staatsverschuldung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Basisszenario: basiert im Wesentlichen auf den Prognosen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts und zum primären Haushaltssaldo. Der durchschnittliche Zinssatz für die öffentlichen Schulden folgt bis 2024 der Prognose der EU-Kommission und steigt dann bis 2030 auf den aktuellen Zinssatz für neu ausgegebene fünfjährige Staatsanleihen;
Mittleres Szenario: Infolge einer etwas laxeren Finanzpolitik des jeweiligen Staates verschlechtert sich der Haushaltssaldo ab 2026 gegenüber der IWF-Prognose um 1/4 Prozentpunkt pro Jahr und der Zinssatz auf die öffentlichen Schulden steigt bis 2030 auf 1 Prozentpunkt über den aktuellen Zinssatz für neue fünfjährige Staatsanleihen;
Pessimistisches Szenario: Infolge einer deutlich laxeren Finanzpolitik des jeweiligen Staates verschlechtert sich der Haushaltssaldo ab 2026 gegenüber der IWF-Prognose um 1/2 Prozentpunkt pro Jahr und der Zinssatz auf die öffentlichen Schulden steigt bis 2030 auf 2 Prozentpunkte über den aktuellen Zinssatz für neue fünfjährige Staatsanleihen

Quellen: EU-Kommission, Internationaler Währungsfonds, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2023 IW Medien / iwd



IW-Kurzbericht 44/2023

Björn Kauder, Jürgen Matthes, Samina Sultan:
 Dilemma der EU-Fiskalpolitik – Hoher Ausgabenbedarf und Schuldentragfähigkeit
iwkoeln.de/eu-fiskalpolitik

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Sarah Neu, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,55/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ensberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Zahl der Woche



205.300

Personen befanden sich im Jahr 2022 an Hochschulen in Deutschland in einem laufenden Promotionsverfahren. Das waren 2 Prozent mehr als 2021. Laut Statistischem Bundesamt waren 48 Prozent derjenigen, die einen Dokortitel anstrebten, Frauen. Knapp ein Viertel aller Promovierenden hatte eine ausländische Staatsangehörigkeit. Im Schnitt waren die angehenden Doktorinnen und Doktoren 30,3 Jahre alt.

Die meisten Promovierenden – gut 54.000 – arbeiteten in der Fächergruppe Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften auf ihren Doktorgrad hin. Rund 47.000 Personen promovierten im Bereich Mathematik/Naturwissenschaften, gefolgt von den Ingenieurwissenschaften mit knapp 38.000 Promovierenden. In letzterer Gruppe dominierten die Männer mit 78 Prozent, während in Kunst und Kunstwissenschaft zwei von drei Promovierenden weiblich waren. Insgesamt tummeln sich 16 Prozent all jener, die nach dem Dokortitel greifen, an nur vier Hochschulen: Jeweils 4 Prozent der Promotionsvorhaben entfallen auf die Ludwig-Maximilians-Universität München, die Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, die Technische Universität München sowie die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen.

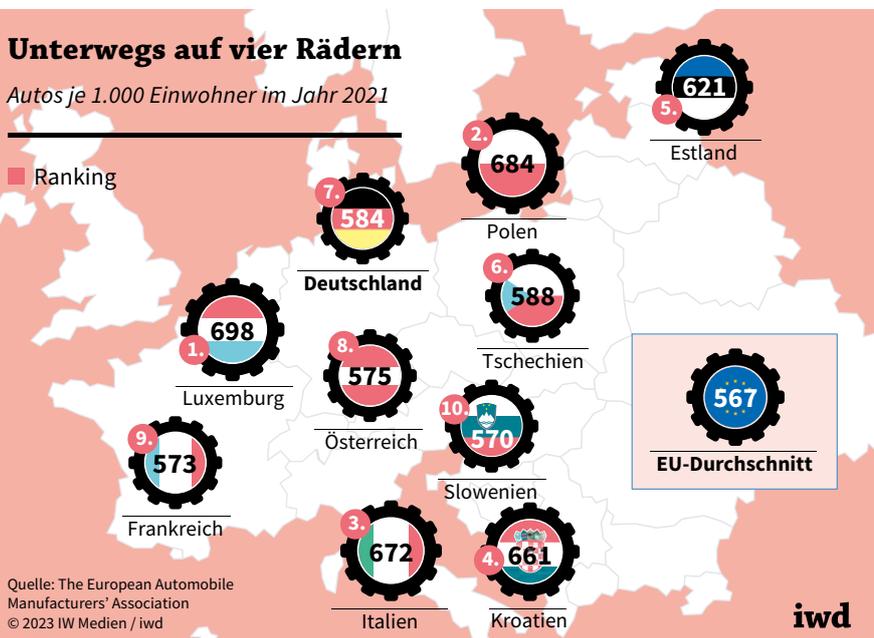
Top-Liste: Pkw-Dichte in der EU

Mehr als 286 Millionen Fahrzeuge waren im Jahr 2021 in der Europäischen Union zugelassen, knapp 250 Millionen davon waren Personenkraftwagen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Pkw-Flotte europaweit um 1,2 Prozent vergrößert, am stärksten gewachsen ist sie in der Slowakei mit 8,2 Prozent. Besonders beliebt ist der fahrbare Untersatz im Großherzogtum Luxemburg: Je 1.000 Einwohner sind dort 698 Pkw angemeldet. Am anderen Ende der Rangliste steht Rumänien mit 396 Autos je 1.000 Einwohner. Deutschland landet mit einem Motorisierungsgrad von 584 auf dem siebten Platz. Die zugelassenen Pkw waren hierzulande 2021 durchschnittlich 10,1 Jahre alt – und damit jünger als im EU-Durchschnitt von 12 Jahren. An der Spitze dieses Rankings liegt erneut Luxemburg mit einem mittleren Flottenalter von 7,6 Jahren. Und wie die Kultur sind auch die Autos in Griechenland besonders alt: Sie bringen es im Schnitt auf 17 Jahre.

Unterwegs auf vier Rädern

Autos je 1.000 Einwohner im Jahr 2021

■ Ranking



Quelle: The European Automobile Manufacturers' Association
© 2023 IW Medien / iwd

iwd